

## "Keiner muss sich fürchten vor Rürup"

### Börsch-Supan über den Kommissions-Bericht

Vor der Rürup-Kommission muss sich kein Rentner fürchten, findet Kommissionsmitglied Axel Börsch-Supan, Leiter des Mannheimer Instituts zur Erforschung der wirtschaftlichen Folgen der Alterung.

Westfalenpost: Der Bericht der Rürup-Kommission ist noch nicht übergeben, und schon sind die Parteien sich einig: Was da zur Rente steht, wird nicht gemacht. Also vergebliche Liebesmüh?

Börsch-Supan: Die Rürup-Kommission macht einen Vorschlag, der im wesentlichen für die Rentner des Jahres 2030 relevant ist. Es geht nicht darum, dass die heutigen Rentner mit 67 in Rente gehen sollen, sondern die Rentner des Jahres 2035. Es geht auch nicht darum, dass man das Rentenniveau heute absenkt, sondern dass man denen, die Zeit genug haben, bis 2035 eine private Altersversorgung aufzubauen, ein anderes Rentensystem bietet. Das Rentenniveau wird 2035 genauso hoch sein wie heute, wenn man gesetzliche und private Vorsorge zusammennimmt. (...)

Frage: Was die Kommission zum Gesundheitswesen vorgeschlagen hat, liegt inzwischen als Gesetzentwurf vor. Sind Sie zufrieden mit der Umsetzung?

Börsch-Supan: Die Kommission hat drei Vorschläge zur Gesundheitsreform gemacht. Einen, der mehr oder weniger deckungsgleich ist mit dem, was jetzt vorliegt, zur Behebung der kurzfristigen Probleme - das ist eigentlich gar nicht die Aufgabe der Kommission gewesen. Sie sollte sich ja um die Nachhaltigkeit der Systeme kümmern. Dafür hat sie zwei Vorschläge gemacht, die einander ausschließen. Sie hat nicht entschieden, welche der beiden Vorschläge sie für den besseren hält, weil das kontrovers ist. Sie hat lediglich die Argumente für die Bürgerversicherung dargelegt und die Argumente für die Gesundheitsprämie. Da es hier um eine Wertentscheidung über Umverteilung geht, ist letztlich nicht die Kommission gefragt, sondern die Politik, das Parlament.

Frage: Wofür sind Sie?

Börsch-Supan: Für die Gesundheitsprämie. Die ist für alle Versicherten unabhängig vom Einkommen gleich, und wer sie selber nicht aufbringen kann, bekommt einen steuerfinanzierten Zuschuss. Der Blinddarm kostet dasselbe, ob arm oder reich.

Das vollständige Interview erschien am 27.08.2003 in der Zeitung „Westfalenpost“.